

Teure Jugend ohne Job

Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in der Stadt Bern wächst. Bern zahlte letztes Jahr über 7 Millionen Franken Sozialhilfe für junge Erwachsene. Politische Vorstösse dazu kommen morgen in den Stadtrat.

Wenn es um die zunehmende Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in der Stadt Bern geht, sprechen verschiedene Seiten von einer «tickenden Zeitbombe». Die Zahl der registrierten 16- bis 24-jährigen Arbeitslosen ist gemäss einer städtischen Erhebung von 157 im Jahr 2000 auf 595 im Jahr 2003 angestiegen. Trend aufwärts. Die Stadt geht davon aus, dass nochmals ebenso viele ohne Ausbildung und Beschäftigung dastehen, die nicht registriert sind. Die Zahl der Sozialbezüglerinnen und -bezügler hat zugenommen. Nach Angaben von Michael Hohn, Leiter des Sozialamtes, hat die Stadt letztes Jahr für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren rund 7,3 Millionen Franken ausgegeben.

Effizientere Koordination

Auf Grund dieses Trends sind in den letzten Monaten verschiedene Seiten aktiv geworden: Die Gewerkschaften haben ein Rezeptbuch vorgelegt mit Forderungen an Stadt, Kanton, Bund und Wirtschaft. Die Stadt baut vom Kanton finanzierte Beschäftigungsprogramme aus. Und die Wirtschaftsförderung hilft einer privat finanzierten «Job Factory» nach einem Basler Modell auf die Sprünge.

In der neuen Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) hat sich das Kompetenzzentrum für Arbeit (KA) etabliert. Registrierte Erwerbslose mit Anspruch auf die Arbeitslosenversicherungen (vom Bund finanziert) wenden sich nun für die Beratung an die gleiche Adresse wie Sozialhilfeempfänger (von



Es grünt so grün: Jugendliche Arbeitslose arbeiten in einem Beschäftigungsprogramm in einem Gartenprojekt mit KA-Chef Claudio Spadarotto (l.)

der Stadt finanziert). «Dadurch erhofft sich die Stadt, den sogenannten Drehtüreffekt zu vermeiden», sagt Claudio Spadarotto, Leiter des KA. Dieser Effekt besteht darin, dass Arbeitslose erst vom Bund unterstützt und nach 400 Tagen ausgesteuert werden. Danach fallen sie der Gemeinde zu Last. Nach einem Jahr Zwischenbeschäftigung kann der oder die Ausgesteuerte wieder Versicherungsgelder des Bundes beanspruchen. «Dieses Hin und Her ist hier höchst unerwünscht», sagt Spadarotto. Er kenne jedoch Kantone und Gemeinden, die diesen Mechanismus bewusst ausnutzen.

Die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen wächst, der Arbeitsmarkt stagniert, und die Beschäftigungsprogramme in Bern sind beschränkt auf 112 Jahresplätze – für alle Altersgruppen. Die wachsende Lücke macht die Diskussion um einen sekundären Arbeitsmarkt wieder salonfähig. Lange war sie tabu, da das Gewerbe eine direkte Konkurrenz befürchtete und die Gewerkschaften ihrerseits eine Gefahr für Lohndrückerei witterten.

Ausgaben sinnvoll einsetzen

Mit einer Dringlichen Motion wird Andreas Flückiger (SP) mor-

gen im Stadtrat Massnahmen für einen solchen sekundären Arbeitsmarkt zur Diskussion bringen. Die Motion fordert den Gemeinderat auf, mit einer Taskforce die Vernetzung der beteiligten Institutionen und Organisationen zu optimieren. Weiter soll die Stadregierung Erfahrungen aus anderen Städten zusammentragen, daraus geeignete Projekte für Bern ableiten und die entstehenden Kosten vergleichen mit den heutigen Sozialausgaben. Eine Antwort wird BSS-Direktorin Edith Olibet morgen an der Stadtratssitzung bekannt geben.

Beschränkte Gegenliebe

Massnahmen für einen sekundären Arbeitsmarkt stossen nur bei einem Teil der Gewerkschafter auf Anklang. «Ein zweiter Arbeitsmarkt kann zum Ghetto werden», sagt Ruedi Keller, SP-Stadtrat und Präsident des Gewerkschaftsbunds von Bern und Umgebung. Im Papier kritisieren die Gewerkschaften, die Überbrückungsmassnahmen seien häufig «Scheinlösungen». Gemeinden missbräuchten solche Projekte dafür, um die eigenen Kosten für Sozialhilfe zu senken. «Das Ziel muss die Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein», sagt Keller dazu. Wenn der Markt jedoch dazu unfähig sei, müsse man schon offen sein für solche Projekte. Keller hat daher sowohl das Arbeitspapier als auch Flückigers Vorstoss unterzeichnet. Flückiger rechnet jedoch damit, dass andere Gewerkschaftsvertreter im Stadtrat den Vorstoss weniger goutieren werden. «Eine Überweisung als Postulat wird wohl realistischer sein», schätzt er.

Der Vorwurf vom Missbrauch ist für Claudio Spadarotto kein Thema: «Im Gegenteil, da wir neu die Anlaufstellen von Erwerbslosen und Ausgesteuerten zusammengelegt haben, soll das Hin und Her der Betroffenen ein Ende haben.»

HANNAH EINHAUS